



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Ausgleich mit den Czechen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

sehen Fürsten aber hätten von ihnen zu Vasallen gemacht werden müssen für die Freiheit des Vaterlands, wie jetzt zu seiner Knechtschaft. Da dies versäumt sei, so sollten nun die Deutschen sich freiwillig der Führung Oestreichs unterwerfen.

Zum Schluß wendet sich Arndt noch einmal gegen das „matte Gefindel“, das ihn des Hasses und des Ehrgeizes zeihen werde. Ja er hasse innig und heiß, aber weil er sein Vaterland und seine Ehre und Freiheit und weil er die aus vergangenen Säkeln überlieferten Heiligthümer und die Wissenschaft und das Licht liebe; auch brenne er vor Ehrgeiz und Ruhmbegier, aber nur weil und solange das Vaterland nicht frei und ruhmgekrönt dastehe. —

Der zweite Theil des „Geistes der Zeit“ ist wohl das bedeutendste zu nennen, was Arndt hervorgebracht hat: ein schwärmerischer Tiefinn, der die praktischen Aufgaben des Lebens mit den höchsten Idealen der Menschheit verknüpft, unerschütterliche Treue gegen das mit Füßen getretene Vaterland, männlicher Stolz und Troß, ungewöhnliche Redegewalt und selbst Redekunst sind die Eigenschaften, durch welche das Buch sich den besten Thaten des deutschen Befreiungskampfes, ja den ruhmvollsten Denkmälern des deutschen Geistes überhaupt anreihet. Der Erfolg gleich nach dem ersten Erscheinen muß dadurch beeinträchtigt worden sein, daß es in Schweden gedruckt wurde und nur als verheimter Eindringling nach Deutschland gelangen konnte. Aber das glänzendste Lob ward ihm einige Jahre später zu Theil, indem Stein in seiner Denkschrift für den Kaiser Alexander vom 18. Juni 1812 (bei Perz Bd. 3. S. 68 ff.) vorschlug, um die Deutschen durch dieses „mit einer großen Kraft und einer erschreckenden Wahrheit geschriebene“ Buch zum Widerstand gegen die Eroberer aufzuregen, einen neuen Abdruck davon zu veranstalten und insgeheim Exemplare in Deutschland zu verbreiten. (Schluß folgt.)

Der Ausgleich mit den Tschechen.

Aus Oestreich, 20. August.

Die Maske ist gefallen, alle Heuchelei beseitigt, die Thaten sprechen. Was jedem Einsichtigen schon längst kein Geheimniß mehr war: daß die Alt-Tschechen mit den katholischen Casino's unter einer Decke spielen, die unterdrückte Nationalität, der gefährdete Glaube nur eitle Vorwände waren, all die Labors und Meetings, Verhehungen und Aufstände insgeheim von denjenigen angestiftet waren, die nun bei der Action auftreten, das Endziel von

allem aber der Absolutismus ist, dies liegt jetzt auf offener Hand. Man wird sich erinnern, wie sehr das Fernbleiben der allergetreuesten Opposition vom Reichsrathe bedauert, wie tief beklagt wurde, daß sie sich nicht schaaren will um den Thron: nun sind die Declaranten versöhnt, sie sind bereit, das Abgeordnetenhaus zu beschicken, freilich nur einmal, und um den Preis der Aufhebung der Verfassung. Noch vor drei Wochen wurde eine geschmeidige Broschüre: „Die Verfassungspartei und Graf Hohenwart“ verbreitet, höchst versöhnlichen Inhalts, es sollte den Anschein gewinnen, als wolle man den Deutschen die Hand bieten; nun ist, was schon längst beschlossen und insgeheim vorbereitet war, zu Tage getreten, das Abgeordnetenhaus und die sieben verfassungstreuen Landtage sind aufgelöst, der ihnen erklärte Krieg ist der verheißene „innere Friede.“ Nichts über die Jesuiten!

Graf Hohenwart besitzt in staatlichen Dingen weder Theorie noch Praxis, sonst würde er nicht im Laufe weniger Monate von einem Projecte zum anderen wandern. Sein erster, die Abänderung der Verfassung bezweckender Antrag im Abgeordnetenhause lautete auf Erweiterung der Autonomie der Landtage nach Maßgabe ihrer diesfälligen Beschlüsse, die Regierung sollte sie dem Reichsrathe übermitteln und dieser sie unverändert annehmen oder ablehnen; zehn Tage nachher brachte er im directen Widerspruche damit die von ihm willkürlich abgeänderte Resolution des galizischen Landtages im Abgeordnetenhause ein, und beantragte deren Annahme. Und in Folge der letzten Ausgleichsverhandlungen einigte er sich mit den Führern der Altzechen über die weiteste Autonomie des böhmischen Landtags in administrativen, rechtlichen und finanziellen Angelegenheiten, die er früher den Polen verweigert. Ja, kurz nachher erfahren wir sogar, daß er sich selbst dem äußersten Begehren der Czechen gefügt, wornach sie auf alle Kronländer der westlichen Reichshälfte ausgedehnt und der Staat überhaupt auf rein föderalistische Grundlage gestellt werden soll. Auch wurde in der vorerwähnten Broschüre die Stelle, worin erklärt wird, er werde zu keinem größeren Zugeständnisse als dem der galizischen Vorlage die Hand bieten, noch während des Druckes gestrichen. Graf Hohenwart hält alle seine Ansichten und Pläne so geheim als möglich, weil sie sich fast täglich ändern. Und wie eigenthümlich, wie genial und groß erweisen sie sich, wenn sie endlich einmal nach reiflichem Nachdenken über die höchsten Probleme an's Licht treten! Was Gelehrte und Theoretiker ängstlich erforschen und aufgestellt, gilt ihm kaum mehr als Spreu, kaum werth in seinen Papierkorb zu wandern. Dafür gefällt er sich über Föderation und Centralisation in Begriffen, welche die Thatfachen in's Reich der Träume verweisen. Auch das Bank- und Schulwesen erscheinen ihm nach jener Broschüre nur als nichtige Kleinigkeiten, wer die wirthschaftliche Entwicklung und Volksbildung nicht als Nebendinge betrachtet, ist ihm ein „Flachkopf.“ Es

besteht kein Zweifel mehr. Oestreich besitzt an diesem Mann einen Schatz, wie kein zweites Land der Welt. Doch gehen wir von der Person zur Sache über.

Der genaue Inhalt des Ausgleichsprojectes ward bis zur Stunde sorgfältig als Geheimniß weniger Wissenden bewahrt. Man erfuhr nur, daß die auswärtigen Angelegenheiten, dann jene des Heeres, der Reichsfinanzen, des Handels und Reichsverkehrs so wie der Reichsvertretung einer Art von Delegation zugewiesen, alles andere, namentlich die Landesverwaltung, Polizei und Justiz, der Cultus, Unterricht und die Landesfinanzen, in den Kreis der Landtagsangelegenheiten fallen wird, auch sollen neue Landtagswahlordnungen mit Beseitigung des Wahlrechts der Handelskammern und Einführung directer Wahlen in den Landgemeinden den Landtagen vorgelegt werden. Daneben wird schon jetzt durch Aufnahme der Steuerzuschläge in den Census eine Erweiterung des Wahlrechts octroyirt. Auch in Frankreich stützte sich Napoleon III. auf das suffrage universel, weil die unwissende Masse am leichtesten durch eitle Vorspiegelungen und jesuitische Künste zu lenken ist. Wenn nun der Staat im Kleinen, die Gemeinde, der Willkür klerikaler und feudaler Despoten überantwortet, Recht und geistige Bildung durch päpstliche Satelliten in den Landtagen geregelt, und die Bewilligung von Rekruten und Steuern in die Hände einer auserlesenen Schaar serviler Volksvertreter gelegt ist, entspricht die Maschine vollkommen jenem Ideale persönlicher Regierung, die nach dem Memoire Langrand-Dumonceau's längst schon ein heißer Wunsch der höchsten Kreise war. Der Schein einer Theilnahme des Volkes an der Gesetzgebung und Controle der Verwaltung ist gerettet, wir sagen: der Schein, denn über den Humbug einer solchen Mitwirkung täuscht sich wohl nur blöde Einfalt. Wenn der Reichsrath und die Landtage nach dieser Vorschrift eingerichtet, steht man am Ziele.

Nur die sieben verfassungstreuen Landtage wurden aufgelöst, und angeblich wegen des Ausgleichs mit den Wälschen, in der That aber auf das Drängen der Ultramontanen, die keinen Liberalen in der Landesstube und im Ausschusse dulden wollen, auch der Tiroler. Alle übrigen, die erprobten Stützen der staatsrechtlichen Opposition und die treuen Horden des antiparlamentarischen Ministeriums, wurden beibehalten. Nach der gegenwärtigen Einrichtung der Reichsrathswahlen durch die Landtage entsenden nämlich diese mittelst Stimmenmehrheit die Abgeordneten für die zweite Kammer aus den Gruppen. Jede solche Wahl vertritt daher nur die im Landtage vorherrschende Partei. In den zehn oppositionellen sind also die liberalen Elemente betreffs der Reichsrathswahlen unschädlich. Dieses Sicherheitsventil gegen eine allzu fortschrittliche Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses stand schon im Jahre 1861 auf Schmerlings Programm, und Dank der Bescheidenheit der Ministercandidaten von 1867 wurde auch im Decemberstatut kein Jota daran geändert. Es kommt daher alles darauf an, ob die sieben Kronländer, die bisher verfassungstreue Vertreter hatten, auch bei den Neuwahlen wahrhafte Träger ihrer Gesinnung durchsetzen werden, denn zur Abänderung, richtiger zum Umsturz der Verfassung bedarf es einer Mehrheit von zwei-drittel Stimmen, sie können ihn mit 77 Abgeordneten unter 203 verhindern. „Deutsch“ oder „slavisch,“ Freiheit oder Knechtschaft ist die Losung; die nichtdeutschen Nationen stehen für die letztere ein.

Es ist nun das dritte Mal, daß man an die Abschaffung der Constitution geht. Nach der Revolution von 1848 lieh diese selbst dazu die Waffen, im Jahre 1867 scheiterte die Sistirung der Verfassung am kräftigen deutschen Widerstand; hoffen wir, daß die Pläne der Jesuiten und Feudalen auch diesmal daran zu Schanden werden.

Für die Deutschen in Oestreich giebt es nur ein Mittel, diesem unermüdeten Streben, sie unter das Joch römischer Herrschaft und feudalen Uebermuthes zu beugen, endlich ein Ziel zu setzen. Es ist der Anschluß der ehemals zum deutschen Bunde gehörigen östreichischen Länder an Deutschland. Man vereinige sie in einen Staat, in ein Parlament mit directen Wahlen, und trete damit zum deutschen Reiche in dasselbe Bundesverhältniß wie die deutschen Südstaaten. Die Tschechen, Slowenen und wenigen Italiener sind daselbst in entschiedener Minderzahl und stehen weit hinter der entwickelten Cultur und dem geistigen Fortschritt der Deutschen. Bedeutet doch der Kampf der Kömlinge und Vollbluttschechen gegen den freien deutschen Geist nichts anderes als die versuchte Vernichtung jener höchsten Güter, die er sich im Laufe der Jahrhunderte errungen, die ersehnte Rückkehr zur Finsterniß und Leibeigenschaft des Mittelalters. Was man angeblich von der Verfassung noch übrig lassen will, ist ja wenig mehr als ein Possenspiel, ein Gerippe ohne Geist. Gesezt aber auch, dieser Unverstand, diese Verhöhnung aller Bildung, diese Verkehrung jeder vernünftigen Weltordnung würde für den Augenblick die Oberhand erhalten, wie lange möchte wohl ein Zustand dauern, der nur durch List und Gewalt errungen, und — sagen wir es nur ganz offen — nicht einmal durch eine hinreichende Macht unterstützt ist, sich zu erhalten. Leider wird der Staat den Schaden fühlen, den diese Mißwirthschaft anrichtet. Wir verstehen darunter nicht bloß den daraus für den Credit des Reiches nothwendig entspringenden Nachtheil, sondern auch andere äußere Verwickelungen, woran es noch nicht fehlte, so oft unsere Jesuiten und Feudalen am Ruder saßen. Wäre für Oestreich wirklich kein anderes Regiment mehr möglich als das dieser Dunkelmänner, so läge darin bloß der Beweis, daß das Ende seiner Tage gekommen. Also nur vorwärts ihr Schüler des Unsehnbaren!

Berliner Briefe.

Berlin, am 26. August. Die deutsche Politik hat in den letzten vierzehn Tagen einen großen Schritt vorwärts gethan. Heute vor zwei Wochen traf der Fürst Reichskanzler aus Warzin hier ein und was er in den 48 Stunden seines hiesigen Aufenthaltes gethan hat, davon bringt jedes Zeitungsblatt neue Kunde. An politischer Wichtigkeit obenan steht das Vorgehen gegen Frankreich. Grade während des Warziner Aufenthaltes waren eine Menge kleiner Vorgänge zu einander gekommen, welche, an sich unbedeutend, in der Summe den bösen Willen der Franzosen zeigten. Durch eine Ironie des Schicksals macht ein Bericht aus Poligny im Jura über ein Attentat auf die Besatzungstruppen, das sich nachher als bedeutend übertrieben herausstellte, das Maaß überfließen. Der Kanzler ging Herr v. Gabriac selbst zu Leibe und sagte, daß die französische Regierung sich über die Grenzen seiner Geduld keiner Täuschung hingeben konnte. Die Folge war, daß jene andre Saiten aufzog und als Graf Walderssee die Beschwerden des Kanzlers vorbrachte, konnte Herr v. Remusat ihm sagen, daß die allerdings brennendste derselben, die Duldung des Befreiungsbundes für Elsaß-Lothringen, schon durch das Verbot des Bundes gehoben sei. Praktisch ist damit allerdings nicht viel gewonnen, denn die Agitation wird fortgesetzt werden, aber es ist unumgänglich, von Zeit zu Zeit die Franzosen einmal zu dem Eingeständniß ihrer